

Protokoll

Gremium: **Rat**
Datum: **Donnerstag, 12. Oktober 2023, um 17:00 Uhr**
Ort: **Ratssaal des Rathauses Helmstedt, Markt 1, 38350
Helmstedt**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 21:00 Uhr

Anwesend:

Ahrendts, Verena	Niemann, Margrit
Ahrendts, Tatjana	Radeck, Kathleen
Bosse, Cornelia	Reinhold, Stefan
Diedrich, Friedrich-Wilhelm	Rippel, Egbert
Dinter, Norbert	Romba, Christian
Fox, Andreas	Ryll, Martin
Friedrich, Florian	Schadebrodt, Petra
Girod, Alexandra	Schmidt, Christian
Grune, Margit	Schünemann, Hans-Jürgen
Heister-Neumann, Elisabeth	Schünemann, Clemens
Henke, Jean-Pierre	Sorge, Rudolf Jannik
Johann, Carsten	Struempel, Uwe
Kara, Ferhat-Atilgan	Traumann, Claudius
Köther, Franziska	Waterkamp, Axel
Lickfett, Uwe	Dr. Weferling, Stefan
Matar, Ronald	Wendt, Karin
Moshagen, Immo	Winkelmann, Wilfried
Müller, Yvonne	

Bürgermeister Wittich Schobert
Erster Stadtrat Henning Konrad Otto
Geschäftsbereichsleiter Thomas Bode
Juristin Julia Vahldieck
Protokollführer Jens Schulze
.
Ehrenratsmitglied Wolfgang Kalisch
.
2 Pressevertreterinnen und
Pressevertreter
7 Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister/in

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

durchschnittliche Anzahl der Zuschauer im Internet: 35

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

TOP 1		Eröffnung der Sitzung
TOP 2		Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
TOP 3		Feststellung der Tagesordnung
TOP 4		Einwohnerfragestunde
TOP 5		Fragestunde des Rates
TOP 6		Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
TOP 7		Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teiles der Ratssitzung am 27.06.2023
TOP 8	<u>V134/23</u>	Berufung eines zusätzlichen stellvertretenden beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung
TOP 9	<u>V135/23</u>	Neubesetzung von Fachausschüssen
TOP 10	<u>V136/23</u>	Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Helmstedt in Organisationen, Verbänden, Gesellschaften und Vereinen; Änderung
TOP 11	<u>V048a/23</u> <u>V048/23</u>	4. Änderung der Hauptsatzung
TOP 12	<u>V077/23</u>	Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr; finanzielle Vergünstigungen für aktive Feuerwehrmitglieder im Haushalt 2024
TOP 13	<u>V127/23</u>	Ergebnisverwendungsbeschluss JA 2019; Korrekturbeschluss
TOP 14	<u>V126/23</u>	Beschluss über den Jahresabschluss 2020 der Stadt Helmstedt und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020
TOP 15	<u>V124a/23</u> <u>V124/23</u>	Anpassung der Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten
TOP 16	<u>V111/23</u>	Umgestaltung von Verkehrsanlagen im Bereich Leuckartstraße, Braunschweiger Straße und Harsleber Torstraße in Helmstedt - Grundzüge der Planung und Festlegung 1. Bauabschnitt - Variantenvergleich Pflaster und Asphaltoberbau
TOP 17	<u>V115/23</u>	Überschreitung des Teilhaushaltes 54 für das Haushaltsjahr 2022; Zustimmung zum überplanmäßigen Aufwand
TOP 18	<u>V116/23</u>	Jeweils 2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Helmstedt für die Friedhöfe der Stadt Helmstedt und der Ortsteile Barmke, Büddenstedt, Emmerstedt, Offleben und Reinsdorf
TOP 19	<u>V132/23</u>	1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung ; Anpassung der Gebührenhöhe für die einzelnen Reinigungsklassen ab 01.01.2024
TOP 20	<u>V071/23</u> <u>V071a/23</u>	Wiederaufnahme der Förderung ökologisch vorteilhafter Einzelvorhaben in der Stadt Helmstedt; Antrag der Gruppe CDU / Bündnis 90/Die Grünen / UWG Stadt Helmstedt e. V.
TOP 21	<u>V145/23</u>	Annahme von Zuwendungen durch den Rat
TOP 22	<u>V146/23</u>	Überplanmäßige Auszahlung für die Vergabe des Baugebietes Höltgeberg in Barmke
TOP 23	<u>V147/23</u>	Sanierung des Helmstedter Schützenhauses - wurde von der TO abgesetzt -
TOP 24	<u>V095/23</u> <u>V095a/23</u>	Haushalt der Stadt Helmstedt für das Haushaltsjahr 2024; a) Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan mit Stellenplan, b) Investitionsprogramm 2023 - 2027, c) Haushaltssicherungskonzept einschließlich Haushaltssicherungsbericht
TOP 25		Bekanntgaben
TOP 25.1	<u>B068/23</u>	Kostenrechnungen 2022
TOP 26		Einwohnerfragestunde
TOP 27		Schließung des öffentlichen Teils der Ratssitzung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Frau Elisabeth Heister-Neumann eröffnet um 17.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt und begrüßt die Ratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und Gäste im Ratssaal.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung und auch die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Helmstedt fest, nachdem der Protokollführer die Anwesenheit der Ratsmitglieder festgehalten hat. Zu diesem Zeitpunkt sind alle 36 Ratsmitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Heister-Neumann fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Bürgermeister Wittich Schobert erwähnt, dass die TOP 21 - 23 nachgemeldet wurden. Der TOP 23, Sanierung des Helmstedter Schützenhauses, der nachgemeldet wurde, wird verwaltungsseitig wieder von der Tagesordnung abgesetzt.

Frau Heister-Neumann stellt sodann die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird von zwei Personen Gebrauch gemacht.

Herr Fleischmann stellt zahlreiche Fragen an die Verwaltung.

- Vorab gibt er den Hinweis, dass der Newsletter der Stadt Helmstedt, in dem auf die Ratssitzung hingewiesen wurde, sehr spät kam. Er bittet darum, den Newsletter etwas früher zu versenden.

- Herr Fleischmann fragt, ob die Stadt Helmstedt einen Hitzeschutzplan habe oder ob dieser für das nächste Jahr geplant sei.

- Herr Fleischmann berichtet vom Ärztemangel in Helmstedt. Es sei ein Ärztehaus in der Henkestraße geplant. Er fragt nach einem Stand der Dinge.

- Herr Fleischmann stellt fest, dass ab dem kommenden Jahr keine Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen. Die Stadt Helmstedt habe ein Fernwärmekonzept erstellen lassen. Er fragt, wie er sich als Verbraucher verhalten soll und ob es schon einen Fahrplan für die Fernwärmeversorgung gebe.

- Herr Fleischmann führt aus, dass lt. Gesetz ab 01.01.2024 Balkonkraftwerke auch von Mietern eingebaut werden dürfen. Die Stadt Braunschweig hat dafür einen Fördertopf eingerichtet. Er fragt, ob auch die Stadt Helmstedt Fördermöglichkeiten anbieten werde.

- Herr Fleischmann hat sich mit der Potentialanalyse der Kornstraße und der Innenstadt befasst. Er habe das Gefühl, dass man sich immer mehr von den ausgegebenen Zielen entferne. Er fragt, wie die Konzepte mit Leben befüllt werden sollen.

Herr Schobert sagt zu, dass der Newsletter in Zukunft etwas frühzeitiger versendet wird. Zu einem Hitzeschutzplan führt er aus, dass die Verwaltung begonnen habe, erste Planungen vorzunehmen. Ebenfalls sei man dabei, sich Gedanken über Notplätze im Winter zu machen. Zum Ärztehaus kann er berichten, dass zahlreiche Gespräche mit dem Landkreis Helmstedt, mit dem Land Niedersachsen und

den umliegenden Städten und Gemeinden geführt werden. Er spricht in dieser Sache von einem sehr schwierigen Vorhaben. Man arbeite an einer Realisierung. Er sei guter Hoffnung, dass man im Jahr 2024 erste Erfolge erzielen könne. Zur kommunalen Wärmeplanung kann Herr Schobert berichten, dass die Grundlagen bereits gelegt wurden. Man werde im Jahr 2024 personell nachbessern, um intensiv in die kommunale Wärmeplanung einzusteigen. Gesetzliche Vorgabe sei es, dass dies bis 31.12.2026 erledigt sei. Einen Rat könne er aber Herrn Fleischmann nicht geben, wie er sich verhalten soll. In naher Zukunft werde die Stadt eine Machbarkeitsstudie zur Fernwärmeversorgung vorstellen. Allerdings müssen noch eine Vielzahl an offenen Fragen erörtert werden. Dies habe die Analyse bereits ergeben.

Sollte der vorliegende Haushalt beschlossen werden, so werde es auch finanzielle Mittel für die Förderung für ökologische Vorhaben geben. Der Umweltausschuss werde dann beschließen, welche Maßnahmen bezuschusst werden können. Ob dann Balkonkraftwerke darunter fallen, müsse noch beschlossen werden. Er gehe davon aus, dass in der Ratssitzung im März 2024 eine endgültige Entscheidung fallen werde. Der Prozess der Innenstadtentwicklung basiere auf dem vom Rat beschlossenen Innenstadtkonzept. Die dort enthaltenden Maßnahmen für das Jahr 2023 seien bereits abgeschlossen. Im Fachausschuss werde nun weiter beraten, welche Schritte folgen werden.

Frau Farago spricht im Namen vieler Anwohner und Geschäftsinhaber der Neumärker Straße. Man mache sich Sorgen, da die Lärmbelästigung und die Vermüllung in der Fußgängerzone immer mehr zunehme. Der Lärmpegel durch Ansammlungen von Erwachsenen, Jugendlichen und auch kleineren Kindern sei nicht mehr zu ertragen. Auch nach 22 Uhr sei dieser Lärm zu vernehmen. Sie überreicht der Verwaltungsleitung einige Fotos zu dieser Thematik. Unterhalb der Woche halte sich die Vermüllung durch den intensiven Einsatz der Stadtreinigung noch in Grenzen, jedoch sei dies am Wochenende gänzlich anders. Auch Fahrzeuge werden in der Neumärker Straße abgestellt, die Türen werden geöffnet und laute Musik werde abgespielt. Wenn man diese Personen dann anspricht, werde man beleidigt und beschimpft. Sie fragt, ob diese massive Problematik der Stadt Helmstedt bekannt sei und was man dagegen machen werde.

Herr Otto erklärt, dass die geschilderten Zustände der Stadt Helmstedt grundsätzlich bekannt seien. Um die Lärmbelästigung, auch in den Abend- und Nachtstunden, einzudämmen, werde die Stadt mit dem nun vorhandenen zusätzlichen Personal Rundgänge durchführen. Die Stadt werde dabei durch die Polizei unterstützt. Auch der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes sei geplant. Man gehe nun allerdings in die Herbst- und Winterzeit, in der der Lärm bzw. die Ansammlungen von Menschen abnehmen werde. Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass man sich in der Neumärker Straße in einem Zentrum bzw. Kerngebiet befinde. Man habe sich aufgrund der zahlreichen Leerstände von Geschäften und Wohnungen in der Vergangenheit an eine Ruhe gewöhnt. Kinderlärm gehöre zu einer lebendigen Innenstadt. Natürlich sei dies nur bis 22 Uhr der Fall. Danach müsse eingeschritten werden. Es gebe eine entsprechende Verordnung der Stadt, an die sich alle zu halten haben. Wer dagegen verstößt, müsse entsprechend belangt werden. Auch die Vermüllung gehöre dabei dazu. Es werden aber in einigen Bereichen zusätzliche Müllbehälter aufgestellt. Er setze aber auch darauf, dass die Erwachsenen die Kinder und Jugendlichen bei Fehlverhalten darauf ansprechen.

TOP 5 Fragestunde des Rates

Herr Schobert gibt bekannt, dass Herr Romba eine sehr umfassende Anfrage eingereicht habe. Diese werde schriftlich beantwortet, da sie in der Kürze der Zeit für die Ratssitzung nicht zu beantworten war.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Schobert berichtet, dass der Verwaltungsausschuss in seiner vergangenen Sitzung aufgrund einer Anfrage des Landkreises Helmstedt beschlossen habe, sich für den Einsatz einer gelben Tonne anstatt der gelben Säcke einzusetzen. Der Landkreis werde die Hinweise der Kommunen in die Ausschreibung für die Jahre 2027 ff. berücksichtigen.

TOP 7 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teiles der Ratssitzung am 27.06.2023

Herr Lickfett beantragt, dass zum TOP 24 Ergänzungen vorgenommen werden. Laut seines Redemanuskripts habe er darauf hingewiesen, dass es außer Photovoltaik auch die Möglichkeit gibt, Solarthermie einzusetzen, mit einem höheren Wirkungsgrad als Photovoltaik plus Wärmepumpe, bei gleichzeitig niedrigeren Kosten. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund eines zukünftigen städtischen Wärmekonzepts interessant.

Frau Heister-Neumann fragt, ob es Bedenken gegen die Aufnahme dieser Ausführungen gibt. Da dies nicht der Fall ist, wird das Protokoll vom 27.06.2023 entsprechend ergänzt.

Die Ratsmitglieder genehmigen sodann einstimmig - bei 2 Enthaltungen - das Protokoll des öffentlichen Teils der Ratssitzung am 27.06.2023.

TOP 8 Berufung eines zusätzlichen stellvertretenden beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung

V134/23

Frau Verena Ahrendts trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt beruft Herrn Manuel Schrader als zusätzliches stellvertretendes beratendes Mitglied gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung (ASO).

TOP 9 Neubesetzung von Fachausschüssen

V135/23

Herr Hans-Jürgen Schünemann trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt stellt durch Beschluss die durch Vorlage 135/23 geänderte Ausschussbesetzung der Gruppe SPD/Die Linke fest.

TOP 10 Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Helmstedt in Organisationen, Verbänden, Gesellschaften und Vereinen; Änderung

V136/23

Herr Christian Schmidt trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Niemann ergänzt, dass Herr Kara, der bisher Vertreter von Herrn Strümpel war, nun ordentliches Mitglied werden soll und Herr Strümpel ihn vertreten soll.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden ergänzten

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt stellt durch Beschluss fest, dass die Gruppe SPD/Die Linke anstatt Herrn Rudolf Jannik Sorge nun Frau Margrit Niemann in die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Buschhaus entsendet. Zudem wird Herr Ferhat-Atilgan Kara, der bisher Vertreter für Herrn Uwe Strümpel war, ordentliches Mitglied und Herr Strümpel wird sein Vertreter.

TOP 11 4. Änderung der Hauptsatzung

V048a/23

V048/23

Herr Claudius Traumann trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig - bei 1 Enthaltung - den nachfolgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt beschließt die als Anlage beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Helmstedt vom 01.11.2017.

Hinweis: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

TOP 12 Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr; finanzielle Vergünstigungen für aktive Feuerwehrmitglieder im Haushalt 2024

V077/23

Herr Egbert Rippel trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Schobert stellt fest, dass der beschlossene Eckwerterahmen in dem Fachbereich nicht überschritten wurde, da es zu Einsparungen in Höhe von 35.000 Euro aufgrund der Änderung des Waffenrechtes gekommen ist.

Frau Radeck macht für ihre Gruppe deutlich, dass man dem Beschlussvorschlag folgen werde. Freiwillige Feuerwehr bedeute mehr als nur Feuerwehr. In ihrer Arbeit werde ein Ideal umgesetzt, um zu retten, zu löschen, zu bergen und um zu schützen. Diese Hilfe und Leistung erfolge für die Gesellschaft auf freiwilliger Basis. Daher müsse man es hoch anrechnen schätzen. In einer Zeit, in der der Gemeinsinn, der für die Gesellschaft so wichtig sei, es häufig schwer habe, seien Menschen unverzichtbar, die sich freiwillig in einem Ehrenamt engagieren. Im Jahr 2022 habe es 545 Alarmierungen gegeben. Dies grenze bereits an Einsatzzahlen einer Großfeuerwehr. Sie nennt einige Ereignisse, bei denen die Feuerwehr mit einem Großaufgebot über viele Stunden hinweg im Einsatz war. Mit der Zustimmung zur Vorlage wertschätze man die Arbeit der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr. Die Unterstützung solle auch den Familienangehörigen zugute kommen, die hinter der Arbeit der Feuerwehr stehen.

Frau Schadebrodt führt aus, dass es sich bei der Feuerwehr um eine kommunale Pflichtaufgabe handele, die von Feuerwehrmitgliedern erfüllt werde, die sich ehrenamtlich dafür engagieren. Dies verdiene nicht nur großen Respekt und Anerkennung, sondern darüber hinaus seien auch wertschätzende Maßnahmen angebracht. Die Gruppe FDP/HWG unterstütze daher gern den Vorschlag der Verwaltung, der Feuerwehr jährlich einen Betrag in Höhe von 20.000 Euro für besondere Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Zudem unterstütze man die Regelung, dass die bereits bestehende Arbeitsgruppe selbstständig darüber entscheidet, ob das Geld für gesellige Veranstaltungen, Mitgliederwerbung oder für andere Ideen eingesetzt werde.

Herr Johann hält fest, dass die Gruppe SPD/Die Linke den Vorschlag der Verwaltung ebenfalls unterstützen werde. Die Arbeit der Feuerwehr müsse entsprechend gewertschätzt werden.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2024 werden der Feuerwehr jährlich 20.000 Euro für Maßnahmen/Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, um die Attraktivität des für die Stadt wichtigen Ehrenamtes zu fördern. Über den konkreten Einsatz der Mittel entscheidet die bereits gebildete Arbeitsgruppe "Mitgliederwerbung und Mitgliederpflege", die zukünftig durch Vorsitz und Stellvertretung des ASO ergänzt wird.

TOP 13 Ergebnisverwendungsbeschluss JA 2019; Korrekturbeschluss

V127/23

Herr Jean-Pierre Henke trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

2. Das Jahresergebnis 2019, ein Überschuss i. H. v. 3.837.566,92 Euro, wird für die Deckung der Fehlbeträge aus Vorjahren verwendet.

TOP 14 Beschluss über den Jahresabschluss 2020 der Stadt Helmstedt und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020

V126/23

Frau Margrit Niemann trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

1. Der Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2020 wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.

2. Das Jahresergebnis 2020 - ein Überschuss i. H. v. 1.777.847,91 Euro - wird für die Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren verwendet.

3. Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt der Rat dem Bürgermeister für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2020 die Entlastung.

TOP 15 Anpassung der Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten

V124a/23

V124/23

Frau Yvonne Müller trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Kara berichtet von der Besorgnis der Gruppe SPD/Die Linke in Bezug auf geplante Erhebung der Gebühren für die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten. Das Thema sei sehr wichtig, welches nicht nur die Eltern, sondern die gesamte Gesellschaft betreffe. Er halte die Gebührenerhöhung für unangemessen und kontraproduktiv. Kinder seien die Zukunft und das wertvollste Gut in der Gesellschaft. Kinder müssen die bestmögliche Bildung und Betreuung erhalten. Entscheidend sei, dass der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung für alle Kinder gewährleistet wird. Dies müsse unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern gesehen werden. Gerade die soziale Kompetenz, die in frühen Jahren geprägt werde, mache aus den Kindern das, was sie später einmal sein werden. Die geplante Gebührenerhöhung könnte dazu führen, dass viele Eltern, insbesondere einkommensschwächere Familien, vor ernsthafte finanzielle Herausforderungen gestellt werden. Die Bildung der Kinder dürfe keinesfalls von der finanziellen Situation der Eltern abhängen. Bildung sei ein Grundrecht, welches nicht untergraben werden sollte. Eine Erhöhung der Gebühren könnte auch negative Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben. Eltern, insbesondere Alleinerziehende, die auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen seien, um arbeiten zu können, könnten gezwungen sein, ihre Arbeitszeiten zu reduzieren oder ganz aus dem Beruf auszusteigen. Man müsse zudem bedenken, dass frühkindliche Bildung und Betreuung eine Investition in die Zukunft sei. Studien hätten gezeigt, dass Kinder, die eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung erhalten, bessere Schulleistungen erbringen und später im Leben erfolgreicher sind. Wenn in frühkindliche Bildung investiert werde, investiere man in die Zukunft der Gesellschaft. Anstatt die Gebühren zu erhöhen, sollte man nach Wegen suchen, die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu verbessern und sicher zu stellen und dass sie für alle Eltern erschwinglich sei. Dies ermögliche evtl. eine umfassende Finanzierung durch die öffentliche Hand, die sich langfristig auszahlen werde. In Zeiten, in denen Bildung und Chancengleichheit entscheidend seien, sollte man keine Hürden bei der frühkindlichen Bildung errichten. Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen erhalten. Die geplante Gebührenerhöhung sei ein Schritt in die falsche Richtung. Seine Gruppe werde daher die Vorlage ablehnen.

Herr Schobert führt ergänzend zur Vorlage aus. Er habe den Eindruck gewonnen, dass nicht alle Inhalte der Vorlage verstanden worden seien. Zum einen gehe es bei der Erhöhung der Gebühren um den Bereich der sogen. Randstunden. Die Randstunden werden in der Regel von Eltern genutzt, die beide berufstätig seien. Daher gebe es auch die Möglichkeit, über die normale Zeit hinaus die Kinder in der KiTa unterzubringen. Er äußert in diesem Zusammenhang Kritik am Landesgesetzgeber. Die Personalaufwendungen, die die Stadt Helmstedt zu treffen habe, wurden per Gesetz verdoppelt. Bislang reichte eine Person für die Randbetreuung aus, nun müssen es zwei Personen sein. Zudem müsse man klar stellen, dass nicht Eltern aus einkommenschwachen Bereichen mehr Gebühren zahlen müssen, sondern eher die Eltern, die monatlich ca. 5.500 Euro brutto verdienen. Diese seien keineswegs einkommenschwach. Er vertrete daher auch die Meinung, dass Spitzenverdiener mehr für die Allgemeinheit machen sollten.

Frau Schadebrodt macht für ihre Gruppe deutlich, dass man grundsätzlich eine Anhebung der Entgelte für die Kinderbetreuung für vertretbar halte. Seit August 2021 sei die Betreuung durch pädagogische Fachkräfte pro Gruppe deutlich verstärkt worden, was die Betreuungsqualität erheblich verbessere, was aber auch zu viel höheren Personalkosten führe. An dem Vorschlag der Verwaltung begrüße man, dass es bei den Krippen- und den Kindergarten-U3-Plätzen nicht um eine generelle Erhöhung der Entgelte gehe, sondern lediglich um die Anhebung des jeweiligen Höchstbetrages, sodass sich für die meisten Eltern die Entgelte nicht verändern werden. An zwei Stellen halte ihre Gruppe die Anhebung der Höchstbeträge für unangemessen hoch. Daher stelle man gemeinsam mit der Gruppe CDU/Grüne/UWG einen Änderungsantrag. Der maximale Höchstbetrag für einen Krippen-Ganztagsplatz soll 400 Euro betragen (anstatt 500 Euro) und der maximale Höchstbetrag für einen 8stündigen KIGA-U3-Platz soll 350 Euro betragen (anstatt 400 Euro). Sie hoffe, dass der Kompromissvorschlag eine Mehrheit im Rat finde. Damit leiste man einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und bleibe gleichzeitig bei einer maßvollen Anhebung der Höchstbeträge.

Herr Dr. Weferling hält fest, dass es sich nicht um eine grundsätzliche Erhöhung der KiTa Entgelte handle, sondern es gehe vielmehr um eine Verschiebung der Höchstgrenze. In der Vergangenheit wurde ein Beitrag in Höhe von 8,75 Prozent des bereinigten Nettoeinkommens veranschlagt. Hier wird es keine Änderung geben. Es ändere sich, dass die Höchstgrenze, bei der eine Kappung stattfinden wird, nach oben verschoben werde. Bislang lag der Höchstbetrag bei ca. 4.300 Euro. Mit der Änderung liege man bei ca. 4.600 Euro. Somit werden die besser verdienenden Personen etwas mehr Beitrag zahlen müssen. Es handle sich um eine gut überlegte Erhöhung der Entgelte. Daher sollte man der Vorlage zustimmen.

Frau Niemann verdeutlicht, dass man in der Thematik nicht von Spitzenverdienern sprechen dürfe. Eine Familie mit 3 oder 4 Kindern kommen mit den erwähnten Beträgen gut über die Runden, sie seien aber längst keine Spitzenverdiener. Ihre Gruppe habe lange über den Antrag von Frau Schadebrodt beraten. Am Ende habe man beschlossen, dass man nicht zustimmen werde, da es vielmehr notwendig sei, ein Konzept zu erarbeiten, wie man junge Menschen nach Helmstedt locke. Man müsse im Fachausschuss diskutieren, wie man Helmstedt für junge Familien attraktiv machen könne.

Herr Schobert bedauert, dass die Begründungen für eine Ablehnung nicht mit den geführten Diskussionen übereinstimmen. Er erläutert seine Meinung zur Definition von Spitzenverdienern. In Gesprächen mit Personen, die überlegten, nach Helmstedt zu ziehen, ging es in den wenigsten Fällen darum, wie hoch die Kindergartenbeiträge in den Randbetreuungszeiten seien. Aufgrund der zu erwartenden Defizite der kommenden Haushalte müsse man alle Erträge und Aufwendungen auf den Prüfstand stellen. Dazu gehören auch die KiTa-Entgelte.

Herr Hans-Jürgen Schünemann unterstützt noch einmal die Äußerungen von Herrn Kara und Frau Niemann. Für die Gruppe SPD/Die Linke stehe die Förderung von Familien im Vordergrund. Junge Familien sollen in Helmstedt gehalten werden und neue Familien sollen nach Helmstedt gelockt werden. Aus seiner Erfahrung als Ortsbürgermeister in Emmerstedt weiß er zu berichten, dass ab und an junge Familien, die in Emmerstedt bauen wollten, wieder abgesprungen seien, da die Bauplätze zu teuer waren. Daher müsse der Rat an den sozialen Stellschrauben drehen.

Herr Dr. Weferling liefert für alle reale Zahlen nach. Man rede davon, dass es keine Veränderungen gebe bei einem bereinigten Nettoeinkommen von bis zu 3.400 Euro. Erst bei einem Einkommen darüber hinaus zahle man etwas mehr. Bei einem Einkommen von ca. 4.000 Euro zahlen man ca. 53 Euro mehr. Bei ca. 5.000 Euro Einkommen zahle man dementsprechend ca. 100 Euro mehr.

Frau Bosse berichtet, dass man viele Jahre die KiTa Gebühren nicht erhöht habe. Nun sei es jedoch nicht zu vermeiden. Man wolle die Qualität durch zusätzliches Personal erhöhen. Qualität habe jedoch auch ihren Preis. Man war der Meinung, dass die Erzieherinnen und Erzieher auch besser bezahlt werden sollten. Durch entsprechende Tarifverhandlungen wurde dieses auch erreicht. Nun bekomme man sicher auch mehr Qualität in der Kinderbetreuung, die allerdings auch mehr Geld koste. Auch mehr Personal koste natürlich mehr Geld. In den Randzeiten müssen anstatt bisher einer Person nun 2 Personen anwesend sein, und dies schon ab einer Betreuung von einem Kind. Dieses Beispiel zeige, warum immer mehr Kosten entstehen. Die Kommunen werden leider vom Land Niedersachsen allein gelassen.

Frau Heister-Neumann lässt über den Änderungsantrag von Frau Schadebrodt abstimmen. Der Rat der Stadt Helmstedt stimmt diesem mit 22 JA-Stimmen bei 9 NEIN-Stimmen sowie 5 Enthaltungen zu.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen somit den nachfolgenden

Beschluss

Die Anlage zur Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten erhält die in Anlage 1 beigefügte Fassung und **mit den zus. o. a. Änderungen**. Die Änderung tritt mit Wirkung ab 01.01.2024 in Kraft.

Hinweis: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

Herr Schobert ergänzt, dass sich durch die Änderung der Zahlen auch Änderungen im Haushalt 2024 ergeben. Diese Zahlen werde man errechnen und dann in den Haushalt einarbeiten.

TOP 16 Umgestaltung von Verkehrsanlagen im Bereich Leuckartstraße, Braunschweiger Straße und Harsleber Torstraße in Helmstedt - Grundzüge der Planung und Festlegung 1. Bauabschnitt - Variantenvergleich Pflaster und Asphaltoberbau

V111/23

Herr Stefan Reinhold trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba berichtet von den Diskussionen im Fachausschuss. Dort wurde dann auch festgelegt, dass der Rat über die Ausgestaltung der Straße entscheiden solle. Der Bauausschuss habe die Verwendung des 10 cm dicken, großformatigen Betonsteinpflasters empfohlen.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Dem Einbau eines mindestens 10 cm dicken, großformatigen Betonsteinpflasters Variante 1 "Herstellung der Fahrbahn mit einem Betonsteinpflaster" in der Fahrbahn Braunschweiger Straße ab Zu-/Ausfahrt EDEKA bis Planungsende Braunschweiger Tor/Gartenstraße wird zugestimmt.

TOP 17 Überschreitung des Teilhaushaltes 54 für das Haushaltsjahr 2022; Zustimmung zum überplanmäßigen Aufwand

V115/23

Herr Friedrich-Wilhelm Diedrich trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Dem überplanmäßigen Aufwand im Teilhaushalt 54 wird gem. § 117 Abs. 1 NKomVG in Höhe von 139.937,29 EUR für das Haushaltsjahr 2022 zugestimmt.

Die Deckung erfolgt aus dem Sachkonto 4318000 Betriebskostenzuschüsse für externe Kindertagesstätten des Produktes 3651.

TOP 18 Jeweils 2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Helmstedt für die Friedhöfe der Stadt Helmstedt und der Ortsteile Barmke, Büddenstedt, Emmerstedt, Offleben und Reinsdorf

V116/23

Herr Dr. Stefan Weferling trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba lobt die hervorragend ausgearbeitete Vorlage der Verwaltung. Diese sei sehr verständlich und übersichtlich gefasst, auch für Personen, die nicht in der Thematik stecken. Oftmals müssen A- oder B-Vorlagen erstellt werden. Dies ist in diesem Fall nicht notwendig, da man alles der Vorlage entnehmen könne.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

a) Die 2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Helmstedt für die Friedhöfe der Stadt Helmstedt und der Ortsteile Barmke, Büddenstedt, Emmerstedt, Offleben mit Reinsdorf wird in der als Anlage 1 beigefügten Form beschlossen. Sie tritt am 01.01.2024 in Kraft.

b) Die 2. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Helmstedt für die Friedhöfe der Stadt Helmstedt und der Ortsteile Barmke, Büddenstedt, Emmerstedt, Offleben mit Reinsdorf wird in der als Anlage 2 beigefügten Form beschlossen. Sie tritt am 01.01.2024 in Kraft.

Die Änderungssatzungen waren der Beschlussvorlage als Anlage 1 und 2 beigefügt.

TOP 19 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung ; Anpassung der Gebührenhöhe für die einzelnen Reinigungsklassen ab 01.01.2024

V132/23

Herr Florian Friedrich trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung wird in der als Anlage 1 beigefügten Form beschlossen. Sie tritt am 01.01.2024 in Kraft.

Die Änderungssatzung war der Beschlussvorlage als Anlage 1.

TOP 20 Wiederaufnahme der Förderung ökologisch vorteilhafter Einzelvorhaben in der Stadt Helmstedt; Antrag der Gruppe CDU / Bündnis 90/Die Grünen / UWG Stadt Helmstedt e. V.

V071/23

V071a/23

Herr Wilfried Winkelmann trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Fox stellt klar, dass man auf absehbare Zeit klimaneutral werden müsse. Dies betreffe zum einen die öffentlichen Gebäude, aber auch die privaten Grundstückseigentümer müssen dafür sorgen. Man werde den vorliegenden Antrag unterstützen. Mit der Förderung von ökologischen und auch klimaschutzorientierter Einzelvorhaben wolle man für Privatleute Anreize für sinnvolle Investitionen geben. Die seinerzeit bestehende Förderung wurde nun noch einmal erweitert. Die Förderung richte sich auch an Mieter und nicht nur an Eigentümer. Die Verwaltung habe nun die Aufgabe, ein Konzept zu erarbeiten. So gehöre zum Beispiel auch die Förderung von Wärmepumpen dazu. Aber auch die Unterstützung bei Balkonkraftwerken solle vorgesehen werden.

Frau Schadebrodt macht für ihre Gruppe deutlich, dass ihre Gruppe grundsätzlich hinter den strategischen Zielen stehe. Dazu gehöre auch "Helmstedt handelt ökologisch, ist klimaneutral und setzt auf erneuerbare Energien. Daher befürworte man auch die umfangreichen Ausgaben für Projekte und Investitionen der Verwaltung. Dabei gehe es überwiegend um große Projekte. Allerdings halte man es angesichts des defizitären Haushaltes für unangemessen, zusätzlich auch private Investitionen zu bezuschussen. Es sei aus ihrer Sicht nicht in Ordnung, wenn private Anschaffungen schuldenfinanziert gefördert werden. Die vorgeschlagene Ökoförderung wäre aus ihrer Sicht löblich und begrüßenswert, wenn das Geld im städtischen Haushalt auch tatsächlich zur Verfügung stünde. Zudem gebe es zahlreiche staatliche Förderungen für ökologische Vorhaben. Daher werde ihre Gruppe dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Wendt begrüßt es sehr, dass das Förderprogramm wieder aufgenommen werde. Ab 2024 werde es wieder eine Förderung von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen geben. Man müsse festhalten, dass Umwelt- und Naturschutz in der heutigen Zeit wichtiger denn je sei. Die Auswirkungen der Klimakrise verschärfen sich immer mehr. Gefahren müssen abgemildert werden und dadurch müsse die Lebensqualität verbessert werden. Auch kleine private Maßnahmen können dazu beitragen. Der Rat der Stadt Helmstedt habe seinerzeit auch dieses strategische Ziel beschlossen. Die Stadt Helmstedt werde auch nur Maßnahmen unterstützen, die nicht von anderer Seite bezuschusst werden. Eine Doppelförderung werde ausgeschlossen.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen mit 33 JA-Stimmen bei 3 NEIN-Stimmen den nachfolgenden

Beschluss

1. Die Richtlinie der Stadt Helmstedt über die Gewährung von Zuschüssen für ökologisch vorteilhafte Einzelvorhaben, am 22. März 2012 bis auf weiteres außer Kraft gesetzt, wird fortentwickelt und ab 2024 wieder in Kraft gesetzt.
2. Die Verwaltung erarbeitet den Entwurf einer fortentwickelten Richtlinie zur Förderung von Umweltmaßnahmen (Umweltförderrichtlinie) entsprechend der vorstehend genannten Grundzüge von förderfähigen Maßnahmen.
3. Die für die Umsetzung der Umweltförderrichtlinie erforderlichen finanziellen Mittel werden in den jährlichen Haushalten bereitgestellt.

TOP 21 Annahme von Zuwendungen durch den Rat

V145/23

Frau Franziska Köther trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die in der Vorlage 145/23 aufgeführte Zuwendung wird angenommen.

TOP 22 Überplanmäßige Auszahlung für die Vergabe des Baugebietes Höltgeberg in Barmke

V146/23

Herr Uwe Lickfett trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die überplanmäßige Auszahlung für die Vergabe der Bauleistungen für das Baugebiet Höltgeberg in Höhe von 129.073,25 Euro wird zugestimmt.

Für die Ausführung der Bauleistungen wird die Firma Kümper + Schwarze beauftragt.

Die Deckung des Fehlbetrages erfolgt über die Investitionsnummer I21110245 Neubau der Grundschule Pestalozzistraße.

Es schließt sich eine 10minütige Pause an.

TOP 23 Sanierung des Helmstedter Schützenhauses - wurde von der TO abgesetzt -
V147/23

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 24 Haushalt der Stadt Helmstedt für das Haushaltsjahr 2024; a) Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan mit Stellenplan, b) Investitionsprogramm 2023 - 2027, c) Haushaltssicherungskonzept einschließlich Haushaltssicherungsbericht

V095/23
V095a/23

Herr Rudolf Sorge trägt die Vorlage vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Niemann spricht im Zusammenhang mit dem Haushalt 2024 von einem Paradigmenwechsel. Nach jahrelangen ausgeglichenen Haushalten und deutlichem Schuldenabbau werde es wieder eine Neuverschuldung geben und die werde sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Man habe auch im Haushalt 2024 wieder intensiv um Positionen gerungen, der Eckdatenbeschluss wurde immer wieder verändert, auch deshalb, weil bei der Beschlussfassung neue Anforderungen nicht vorhersehbar waren. Natürlich müsse dieser, wenn man sich darauf geeinigt habe, Richtlinie des Handelns sein. Nach den aktuellen Erfahrungen sollte man sich die Frage stellen, ob der Eckdatenbeschluss überhaupt sinnvoll sei. Immerhin konnte man durch verschiedene positive Entwicklungen, durch die höheren Zahlungen des Landkreises für Asylbewerber, den Haushaltsentwurf verringern. Aber ein Minus von ca. 7,5 Millionen Euro für die Stadt Helmstedt sei böse und lasse immer weniger Handlungsspielraum zu, vor allem bei den freiwilligen sozialen Maßnahmen und seien die Ideen und Konzepte auch noch so gut. Das dürfe aber nicht entmutigen und man werde trotz der schwierigen Haushaltslage alles erdenklich Mögliche tun. Helmstedt sei, trotz der schwierigen finanziellen Situation bei den Investitionen, auf einem guten Weg. Man nehme für die Bildung, für die Kitas und Schulen, soviel Geld in die Hand wie noch nie. Mit der Erweiterung der Kitas Streplingerode und St. Ludgeri und dem Neubau der ersten kommunalen Kita in der Kernstadt, der Kita Kaisergarten, nähere man sich einer bedarfsgerechten Versorgung. Die Kita Kaisergarten sei ein Vorzeigeobjekt bezogen auf Ökologie und moderner pädagogischer Anforderungen. Laut den neuesten Untersuchungen der Bertelsmannstiftung fehlen bundesweit 383.000 Plätze in Kindertagesstätten, davon 362.000 in Westdeutschland und nur 21.200 in Ostdeutschland. Besonders in Bayern sei die Lage mit 62.400 fehlenden Plätzen prekär und stehe hier negativ an erster Stelle. Aber auch Niedersachsen könne sich nicht mit Ruhm brüsten, hier fehlen 45.500 Plätze. Hinzu komme noch der Fachkräftemangel, insbesondere auch bei Erzieherinnen und Erziehern. Dagegen sehe es in Helmstedt zurzeit geradezu entspannt aus. Man benötige eine Fortschreibung der Kitaplanung. Unstrittig sei, dass der Neubau des Kindergartens in Emmerstedt höchste Priorität habe. Man erwarte die Planung und zeitnahe Umsetzung nach der Bedarfsermittlung. Der Bereich, der für alle an allererster Stelle stehe, sei der Punkt Bildung. Die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung habe ausgesprochen konstruktiv, sachorientiert und konsensfähig gearbeitet. Auf der Basis einer Matrix mit zutreffenden Kriterien konnte man durch die gute Vorarbeit der Verwaltung objektiv Prioritäten für die Veränderungen der Grundschulen erarbeiten. Unstrittig und von allen gemeinsam getragen werde die GS-Pestalozzischule neu gebaut, da das jetzige Gebäude höchst sanierungsbedürftig sei und nicht dem heutigen Standard entspreche. Die Planungskosten seien mit 5 Millionen Euro im Haushalt 2024 vorgesehen. Man hoffe, dass die Umsetzung dann zügig erfolge. Gewünscht sei die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen, insbesondere vom Bund und von den Ländern. Jedoch statten alle Bundesländer die Schulen nicht mit genügend finanziellen Mitteln und Lehrkräften aus. Man habe den Ganztagsunterricht um 50.000 Euro auf der Basis der Verhandlungen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband auf 200.000 € erhöht. Doch das Thema Bildung bestehe nicht nur aus Grundschulen. Auch die Politische Bildungsstätte befinde sich in Schwierigkeiten. Die PBH habe über Jahrzehnte, vor allem in der politischen Bildung, hervorragende Arbeit geleistet und zum positiven Image Helmstedts beigetragen. Man wolle alles tun,

um die PBH zu erhalten und habe dies haushaltstechnisch abgesichert. Schließlich sei sie eine wichtige Einrichtung gegen extremistische Parteien und Gruppen und Bollwerk gegen demokratiefeindliche Bewegungen. Zudem seien hier insgesamt 50.000 Euro für Sanierungen vorgesehen, um die PBH wettbewerbsfähig zu halten. Diese aufgezählten Maßnahmen machen deutlich, dass man sich in Helmstedt in der Zuständigkeit im Bereich der Bildung gut aufstelle.

Frau Girod geht in ihrem Teil der Haushaltsrede auf die Themen Bauen und Stadtentwicklung ein. Für ihre Gruppe sei die Innenstadt das soziale und kommunikative Zentrum der Stadt. Hier sollen sich Menschen treffen, ihre Freizeit verbringen und sich mit Gütern und Dienstleistungen versorgen. Aus diesem Grund habe man auch eine Innenstadtentwicklerin eingestellt, deren Wirken sich bereits im Stadtbild zeige. Sie verweist auf die neuen Sonnenschirme, unter anderem auf dem Markt, und auf die viel diskutierten Parklets. Hier habe man als SPD bereits einige Nachmittage und auch schon eine Bürgersprechstunde verbracht und man könne sagen, dass man die Anschaffung sehr gut finde. Über die Standorte lasse sich jedoch noch streiten. Man beobachte allerdings mit großer Sorge, wie sich die Innenstadt als Handelsort seit einiger Zeit entwickle. Eins der strategischen Ziele, auf die sich der Rat festgelegt habe, sei, die Innenstadt durch strukturelle Maßnahmen, Zusammenarbeit und die Umsetzung vieler Ideen zu stärken. An diesem Ziel wolle man im nächsten Jahr verstärkt weiterarbeiten, unter anderem mit der Einrichtung eines Pop-Up-Stores oder der Begrünung der Innenstadt. Ein wichtiges Thema sei in diesem Zusammenhang auch die Stadtsanierung. Die beiden laufenden Sanierungsgebiete Nordwestliche Altstadt und Conringviertel werden fortgeführt und Sanierungsvorhaben in diesen Bereichen mit bis zu 1,8 Millionen Euro gefördert. Eine große Rolle spiele in der Stadtsanierung natürlich das Thema Denkmalschutz. Helmstedt sei eine historische Stadt, die es zu bewahren gelte. Das stehe für ihre Gruppe außer Frage. Gleichzeitig sei aber auch wichtig, denkmalgeschützte Gebäude mit Leben zu füllen, um sie dauerhaft zu erhalten. Hierfür müsse an der ein oder anderen Stelle auch Kompromisse zwischen den Interessen des Denkmalschutzes und denen der Eigentümer gefunden werden. Daran werde man im nächsten Jahr weiter ansetzen. Im Produkt Gemeindestraßen werde man im nächsten Jahr rund 3,8 Millionen Euro aufbringen müssen. Neben dem Endausbau der Straßen Kaisergarten und Emmi-Lademann-Straße schlagen hier unter anderem auch der Radwegebau zwischen Barmke und dem Gewerbegebiet Autobahn, die Gemeindestraßenunterhaltung insgesamt, die Erschließung von Baugebieten sowie der allgemeine Anstieg von Baukosten zu Buche. Und auch in die Straßenbeleuchtung werde man 2024 wieder 25.000 Euro für die weitere Umrüstung auf energiesparende LED-Beleuchtung investieren. Die SPD/Linke-Gruppe unterstütze ebenso weiterhin den Ankauf von Grundstücken und Immobilien. Oft werde gefragt, was man mit bestimmten Grundstücken denn wolle, wenn man gar kein Konzept dafür habe. Man könne nicht darauf setzen, dass einem Grundstücke und Immobilien immer genau dann angeboten werden, wenn man sie für die Planungen benötige, so dass man auch Grundstücke ohne konkrete Konzepte kaufen sollte, um sie zur Verfügung zu haben, wenn man sie dann brauche. Hierfür stehe im Haushalt 2024 eine Million Euro zur Verfügung. Erfreulich sei auch, dass nach langer Suche nun endlich ein Platz für die Skateranlage gefunden wurde und man sich wünsche, dass mit der Errichtung möglichst bald begonnen werden könne.

Herr Moshagen geht in seiner Haushaltsrede nicht auf neue oder gar strittige Teile des Haushaltes ein, sondern über fortgeschriebene, wobei der größte Teil des Haushaltes von Verwaltung und Rat einfach nur fortgeführt werde. Der Kulturbereich, der in erster Linie freiwillige Leistungen umfasse, gehöre dazu. Freiwillige Leistungen hätten im Gegensatz zu Pflichtaufgaben einen schlechten Ruf, gerade bei der Kommunalaufsicht. So gehören z. B. die Universitätstage zu den freiwilligen Leistungen. Die 29. Universitätstage haben stattgefunden, es war ein wissenschaftlicher Erfolg, auch ein Erfolg der Beteiligung der Stadtgesellschaft. Im nächsten Jahr werden dann die 30. Universitätstage mit immerhin rund 45.000 Euro von der Stadt Helmstedt finanziert. Hier habe sich eine Institution gebildet und diese Institution werde durch den Haushalt erhalten. So sei vieles im Kulturbereich nur Erhaltung z. B. Theater, Bücherei. Aber diese Erhaltung sei eine wichtige und wertvolle Entscheidung des Rates. Das Florieren der Wirtschaft in der Stadt Helmstedt sei eine zentrale Aufgabe, die allerdings in einer Marktwirtschaft nur eine unterstützende Aufgabe der Stadt sei. Dies sei die Wirtschaftsförderung. Die Stadt habe sich entschieden, einen Teil der Wirtschaftsförderung an die gemeinsam mit dem Landkreis gebildete Wirtschaftsregion abzugeben. Daneben habe man aber auch die eigene städtische Wirtschaftsförderung behalten. So wie es eines gemeinsamen Handelns auf regionaler Ebene bedürfe und ein Überwinden des Kirchturmdenkens nötig sei, so seien andere Probleme der Wirtschaftsförderung klar lokal. Der Erfolg sei jedoch gemischt. Über den schlechten Zustand der Innenstadt habe Frau Girod ja schon gesprochen. Dem stehen aber auch große Erfolge entgegen, insbesondere das Gewerbegebiet Barmke, wo sich ein großer Betrieb angesiedelt habe. Die Endentwicklung des Gebietes tauche an mehreren Stellen im Haushalt auf. Das führe aber auch zu Problemen wie z. B. Licht, Müll, Verkehrsunsicherheit durch Parken. Aber ein deutlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen erfolgte, der hoffentlich auch bei der

Gewerbesteuer eintrete. Ein trauriges Bild biete der Wochenmarkt auf dem Holzberg und es sei zu befürchten, dass das Bild noch trauriger werde. Die geringe Zahl der Anbieter werde von der Bürgerschaft schon lange scharf kritisiert. Ein Trauerspiel sei auch die Behandlung des Themas durch Rat und insbesondere Verwaltung. Trotz einer Arbeitsgruppe, verschiedener Anträge, zweier Ratsbeschlüsse tue sich seit Jahren nichts. Weder werde der Wochenmarkt erfolgreich selbst betrieben, noch erfolgte eine erfolgreiche Vergabe an einen Fremdbetreiber. Es könne kein Weiter so geben. Daher sei es zu begrüßen, dass der Haushalt weitere 13.000 Euro vorsehe, um eine erfolgreiche Fremdvergabe zumindest auch zu ermöglichen. Im Bereich Umwelt und Klimaschutz seien für die Fernwärmeplanung 50.000 Euro, die Kommunale Wärmeplanung 80.000 Euro und für die Förderung ökologischer vorteilhafter Einzelvorhaben 40.000 Euro vorgesehen. Der Haushalt decke also gerade im Bereich Klimaschutz die wichtigen Themen der Zukunft ab. Er hebt hervor, dass die Wärmeplanung nicht nur aufgrund der neuen bundesgesetzlichen Vorgaben vorgesehen sei, sondern die Verwaltung hier schon länger dran sei. Die Wiederaufnahme der Förderung ökologischer vorteilhafter Einzelvorhaben sei eine Initiative aus dem Rat und zwar der CDU/Grünen/UWG Gruppe. Es gab Verbesserungsvorschläge der Gruppe SPD/Die Linke, die auf eine Straffung des Kataloges und die Einbeziehung von Mietern neben Eigentümern abzielten. Dank der Gespräche zwischen den Ratsmitgliedern Herr Winkelmann und Herr Fox konnte man sich einigen. Dieser Haushaltsansatz zeige also die Fähigkeit des Rates zur Initiative und Einigung. Bad Helmstedt bzw. das Brunntal finde man nicht im Haushalt 2024. Es gebe Haushaltsmittel für zwei Sanierungsgebiete in der Innenstadt sowie die Initiative Innenstadt, Mittel für die Dorferneuerung Büddenstedt/Reinsdorf/Hohnsleben, Mittel für die Mehrzweckhalle Emmerstedt und so weiter.

Dabei sei das Brunntal als Naherholungsgebiet und touristisches Ziel nicht mehr in dem Zustand wie noch vor einigen Jahren, gerade in der Gastronomie klaffen teilweise buchstäblich Lücken, es bestehe stadtentwicklerisch und touristisch Handlungsbedarf. Für Emmerstedt, Barmke, Büddenstedt und Offleben gebe es Ortsräte. Für den Ortsteil Buschhaus gebe es einen Planungsverband, für den kommenden Lappwaldsee auch. Für die Innenstadt gebe es das Netzwerk Innenstadt. Die Lücke Brunntal sei also eine strukturelle Lücke. Es existiere ein Antrag der Gruppen SPD/Linke und FDP/HWG, der diese Lücke schließen solle und die Erarbeitung eines Konzepts für das Brunntal vorsehe. Leider sei dieser Antrag noch nicht wirklich behandelt worden. Im kommenden Jahr müsse etwas für den Ortsteil Bad Helmstedt getan werden.

Desweiteren geht er auf das Haushaltsverfahren und den Eckdatenbeschuß ein. Im März wurde ein Defizit in Höhe von 5.731.100 Euro beschlossen, aktuell seien es nun 6.438.00 Euro. Dies sei ein deutlicher Unterschied, zustande gekommen durch nicht planbare Entwicklungen und Zufälle. Eben diese Zufälle und ungeplanten Entwicklungen machen den Eckdatenbeschuß überflüssig. Weder Verwaltung noch die Fraktionen im Rat hätten sich während der Haushaltsberatungen an den Eckdatenbeschuß gebunden gefühlt. Die erhoffte Bindungswirkung trete also nicht ein, stattdessen werden die Haushaltsberatungen unnötig belastet. Er schlägt vor, darüber nachzudenken, ob der Eckdatenbeschuß nicht künftig zur Verschlanung der Haushaltsberatungen wieder entfallen könne.

Für Frau Niemann sei Helmstedt eine historisch gewachsene, liebenswerte und bei allen Defiziten schöne Stadt, für die es sich lohne zu arbeiten. Man biete eine gute Infrastruktur, vielfältige Kitas, gute Grundschulen sowie ein breites Angebot an Schulformen. Das GaBö müsse selbstverständlich auch in Helmstedt bleiben. Man habe tolle Freizeiteinrichtungen wie das Waldbad, Hallenbad, JFBZ, evtl. bald auch wieder eine Skateranlage, man habe ein schönes Theater, vielfältige Angebote an Wohlfahrtsverbänden, Feuerwehr, THW, Vereine und vieles mehr. Zudem wurde auch ein Tag des Ehrenamts ins Leben gerufen. Über Jahre hinweg und auch in diesem Haushalt habe man immer zukunftsorientiert investiert, wie auch in der Haushaltsrede deutlich wurde. Hinzu kommen die sanften Maßnahmen wie die erfolgreiche Kulturnacht, aber auch das Altstadtfest, der Bauernmarkt, Gänsemarkt, Kinderfest usw. Alle Herausforderungen einer Kommune benötigen die tatkräftige Unterstützung aller Mitarbeiter der Verwaltung. Besonders erfreulich sei die sachorientierte Arbeit im Rat, unterschiedliche Argumente werden aufgenommen und abgewogen. Insofern finden sich auch die Vorschläge ihrer Gruppe weitgehend im Haushalt wieder. Alle demokratischen Parteien seien mit ihren Vorstellungen vertreten. Kompromisse können daher für die Gestaltung von Kommunalpolitik auch gut sein. Ihre Gruppe werde daher dem Haushalt 2024 zustimmen. Sie dankt den beiden Gruppenvorsitzenden Petra Schadebrodt und Martin Ryll für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Schadebrodt habe die Haushaltsberatungen besonders intensiv und dynamisch erlebt. Sie erwähnt, dass sie sich zu Beginn der Beratungen nicht vorstellen konnte, dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 zuzustimmen. Dafür gab es anfangs zu viele kritische Punkte, die zu klären waren, und zu viele Problembereiche, für die kein Lösungsansatz erkennbar war. Zudem habe sich die finanzielle Situation seit letztem Jahr grundsätzlich gewandelt. Insbesondere infolge von gestiegenen Energiekosten und

Zinsen und hohen Tarifabschlüssen seien positive Haushaltsergebnisse kaum mehr zu erzielen. Man stehe vor der Herausforderung, ein Haushaltsdefizit von 6 bis 7 Millionen Euro zu verantworten. Durch die Beratungen und die intensiven Debatten in den Fachausschüssen sei es aber gelungen, die meisten Fragezeichen und Kritikpunkte in positiver Weise zu klären und entsprechend im Haushalt zu verankern, sodass ihre Gruppe insgesamt dem Haushalt in der aktuellen Fassung zustimmen werde. Der ursprüngliche Entwurf enthielt bereits einige bedeutsame gute Projekte, auf die sie eingeht. Allen voran begrüße sie den Grundschul-Neubau an der Pestalozzistraße. Nachdem man mit dem Bau der Kita Kaisergarten nun das Angebot zur Kinderbetreuung um moderne Kindergarten- und Krippenplätze deutlich aufstocken konnte, sei es für die Familien in der Stadt ebenso wichtig, dass man das Grundschulangebot verbessere. Mit dem Neubau und rund 25 Mio. Euro Investitionskosten in den nächsten 5 Jahren schaffe man letztlich mehr Platz für alle Grundschulkinder. Daneben werden auch weiterhin größere Investitionen in die bestehenden Grundschulen für dringende Erhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen getätigt. Auch sei es ihrer Gruppe wichtig, die Möglichkeiten der Grundschule Büddenstedt zu prüfen. Insofern begrüße man die eingeplante Machbarkeitsstudie für dieses Schulgebäude. Sie erwähnt weitere Hochbauprojekte wie den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Büddenstedt und die Sanierung des MZH Emmerstedt. Beides seien dringende Maßnahmen, für die in den nächsten 3 Jahren mehr als 3 Mio. Euro investiert werden. Diese großen Bauprojekte binden in hohem Maße personelle und finanzielle Ressourcen im Rathaus. Daneben bleibe es aber auch wichtig, dass im Rahmen der Stadtentwicklung die beiden Förderprogramme für die Nordwestliche Altstadt und das Conringviertel Fahrt aufnehmen und zusammen mit der Straßenraum-Neugestaltung rund um das neue EDEKA-Gelände zur Belebung und Aufwertung der Innenstadt beitragen werden. Das sei dringend nötig, da sich die aktuelle Situation leider eher noch verschlechtere. In diesem Zusammenhang richte man die deutliche Erwartung an die Wirtschaftsförderung, sich mit Priorität dafür einzusetzen, die extrem hohen Leerstände von Wohn- und Gewerbeimmobilien zu verringern. Ein neues Ärztezentrum werde nur bedingt Abhilfe schaffen, um zu erreichen, dass über 800 Wohnungen wieder bewohnt werden und leere Gewerbeimmobilien mit neuer Bestimmung wieder für Besucherfrequenzen im Zentrum sorgen können. Hierfür seien gezielte zusätzliche Anstrengungen nötig, die keinen Aufschub vertragen. Ebenso gehe man davon aus, dass die im Haushalt eingeplanten Gelder für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung endlich auch eingesetzt werden und dass vor allem die Fußgängerzone eine verbesserte Beleuchtung erhalte. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe man erreichen können, dass der Wochenmarkt zur Fremdvergabe neu ausgeschrieben und damit wieder zu einem Anziehungspunkt werden kann. Außerdem könne man laut dem Bürgermeister davon ausgehen, dass der Hausmannsturm wahrscheinlich ab 2025 saniert werde. Das Dorferneuerungsprogramm für Büddenstedt/Reinsdorf/Hohnsleben müsse schnellstmöglich konkret in Angriff genommen werden. Ebenso befürworte man, dass im Haushalt eine finanzielle Unterstützung für die Politische Bildungsstätte eingeplant sei, deren Erhalt man gerade in der heutigen Zeit für äußerst wichtig erachte. Allerdings sei man auch der Auffassung, dass das Weiterbildungsangebot der PBH konzeptionell unbedingt an die Bedürfnisse der heutigen Zeit angepasst werden müsse und hierzu auch die Bestimmungen des Landes Niedersachsen dringend einer Überarbeitung bedürfen. Man begrüße, dass die Verwaltung weiter nach einem Förderprogramm für das denkmalgeschützte Freibad suchen werde, um die Pläne zur kompletten Modernisierung aus diesem Jahr doch noch umsetzen zu können. Andernfalls sollte bereits im nächsten Jahr ein Plan B erarbeitet werden, da sich die Gelder im Haushalt nicht beliebig oft ins Folgejahr übertragen lassen. Und das Waldbad Birkerteich brauche dringend eine Perspektive, um als attraktive Sport- und Freizeitstätte erhalten zu bleiben, denn das ist aus ihrer Sicht für Helmstedt als familienfreundliche Stadt unverzichtbar. Sie erwähnt einige kritische oder gar negative Aspekte zum Haushalt. Vor dem Hintergrund des geplanten Fehlbedarfs im Haushalt von mehr als 6,3 Mio. Euro sei es besonders ärgerlich, wenn der Stadtverwaltung übertragene Aufgaben von den Bestellern nicht auskömmlich finanziert werden. So lassen bei der Kinderbetreuung Land und Landkreis eine Deckungslücke in Höhe von fast 6 Mio. € offen, und 300 T€ fehlen vom Bund bei der Gewährung von Wohngeldzahlungen. Beides zusammen entspreche schon fast dem gesamten Defizit im aktuellen Haushaltsentwurf. Weiterhin müsse man noch immer mit 53,5 % eine der höchsten Kreisumlagen in ganz Niedersachsen bezahlen. Man rede dabei von 19,1 Mio. Euro, die die Stadt Helmstedt in 2024 an den Landkreis überweisen müsse. Erwähnen müsse man jedoch auch, dass der Kreistag wenigstens eine nicht unerhebliche Ergebnisverbesserung beschert habe, da er am 27. September 2023 beschlossen habe, für die Asylbewerberleistungen der letzten 6 Jahre 543 TEuro nachzuzahlen, und die künftigen Kostenerstattungen werden ebenfalls erhöht. Allerdings sei der grundsätzliche Streit um eine vollständige Erstattung der Kosten für diese übertragene Aufgabe immer noch nicht geklärt. Ein weiterer negativer Punkt seien die deutlich gestiegenen Energiekosten. Sie führen nicht nur im städtischen Kernhaushalt zu rund 700 TEuro höheren Ausgaben, sondern sie belasten auch in hohem Maße die Verlustausgleichszahlungen für den ÖPNV und den Bäderbetrieb. Bei der KVG werden sich die Verluste

verdoppeln, nämlich von 600 TEuro auf fast 1,2 Mio. Euro. Um hier nicht weitere Leistungskürzungen für die Nutzer des ÖPNV in Helmstedt in Kauf nehmen zu müssen, sei die Geschäftsführung der KVG dringend gefordert, neue Lösungen, zum Beispiel im Bereich der sog. On-Demand-Angebote, zu entwickeln. Bei der Bädergesellschaft BDH werde der geplante Verlustausgleich um 380 TEuro auf fast 1 Mio. Euro ansteigen. Hier sehe man bei der Geschäftsführung die vordringliche Aufgabe, durch ein Energiekonzept und entsprechende Investitionen möglichst schnell für eine deutliche Senkung der Energiekosten im Juliusbad zu sorgen. Sie sei enttäuscht, dass man keine Lösung für das Helmstedter Schützenhaus gefunden habe. Das Schützenhaus habe für viele Bürgerinnen und Bürger eine ganz besondere Bedeutung. Es sei kein Vereinshaus, sondern der einzige größere Versammlungs- und Veranstaltungsort in der Stadt. Das Gebäude stehe wegen seiner geschichtlichen und städtebaulichen Bedeutung sogar unter Denkmalschutz, zudem müsse es dringend und umfassend saniert werden. Mit den Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Mio. Euro könne man die Schützenbrüderschaft nicht alleine lassen, und den Kauf des Gebäudes sehe man auch nicht als Lösung an. Man hoffe, dass für das Schützenhaus doch noch ein Weg gefunden werde, damit zumindest die Sanierung des Daches möglichst schnell in Angriff genommen werden kann. Die geplanten Personalkosten sehe sie als Kritikpunkt. Diese sollen von fast 18 Mio. Euro auf nahezu 21 Mio. Euro ansteigen. In den Mehrkosten seien zum einen 1,8 Mio. Euro für den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst enthalten. Dazu aber plane die Verwaltung einen Anbau von 6,5 neuen Stellen ein. Man stand diesem Vorhaben zunächst ablehnend gegenüber. Allerdings sei der Stellenzuwachs im Einzelnen nachvollziehbar und zum überwiegenden Anteil durch Mehraufgaben in den Fachabteilungen Sicherheit und Ordnung, Einwohnermeldewesen, Klimaschutz und Bauwesen begründbar. Insofern halte man diesen Stellenanbau für vertretbar, erwarte allerdings auch, dass dadurch die geplanten Projekte und alle sonstigen Anforderungen gut bewältigt werden können. In der Gesamtabwägung komme man zu dem Fazit, dass die positiven Punkte trotz der negativ-kritischen Aspekte deutlich überwiegen. Die Gruppe FDP/HWG werde deshalb dem Haushaltsentwurf für 2024 zustimmen.

Für Herrn Winkelmann stellt der stark gestiegene Verlustausgleich der BDH eine erhebliche Belastung des Helmstedter Haushaltes dar. Dieser lag mal bei 600.000 Euro, jetzt liege man bei über einer Million Euro. Hier sei in erster Linie das Juliusbad zu nennen, die hohen Energiekosten tragen massiv dazu bei. Nun soll ein Energiesparkonzept beauftragt werden. Es bleibe zu hoffen, dass entsprechende Maßnahmen wie PV-Module und Solarthermien auf dem Dach des Bades u. ä. Projekte zur Kosten- und CO² Reduzierung beitragen. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung hätten sich jedenfalls entschlossen gezeigt, derartige Vorhaben voranzutreiben. Ein weiterer Problempunkt sei der stark angestiegene Verlustausgleich für die KVG. Er liege in der Prognose für 2024 fast doppelt so hoch wie im Jahr 2023, ebenfalls über einer Million Euro. Der Geschäftsführer der KVG habe im Finanzausschuss allerdings eindrucksvoll die Gründe, wie die stark gestiegenen Personal- und Betriebskosten, vermittelt. Als Hoffnungsschimmer ließ er durchblicken, dass der Kostenanteil für Helmstedt evtl. doch nicht so massiv steige. Trotz der gestiegenen Kosten stehe man zum ÖPNV als Teil der Daseinsfürsorge für die Helmstedter Bevölkerung und als Mittel für die aufgrund der Klimakrise erforderliche Verkehrswende. Für Umweltschutzmaßnahmen im weitesten Sinne finden sich insgesamt 218.000 Euro im Haushalt 2024. Davon seien 50.000 Euro für das Klimaschutzkonzept, für energetische Sanierungen und Neuanlagen von insektenfreundlichen Grünflächen. 5.000 Euro seien allgemein für Maßnahmen gegen das Insektensterben, sowie 500 Euro speziell für Blühstreifen oder Blühwiesen auf den Helmstedter Friedhöfen vorgesehen. In den 218.000 Euro für Umweltschutzmaßnahmen seien auch die 50.000 Euro zur Detailuntersuchung Fernwärme sowie 80.000 Euro für die Kommunale Wärmeplanung enthalten. Beides seien wichtige Instrumente zur Energiewende und zur Klimaneutralität, aber auch für die Helmstedter Einwohnerinnen und Einwohner. Stehe die Wärmeplanung, bestehe auch Klarheit, wie und wo Helmstedt in Zukunft mit Wärme bzw. Fernwärme versorgt werden könne, und ob eine private Heizungsanlage noch erforderlich sei. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Verbesserung der ökologischen Situation in Helmstedt sei die beschlossene Wiederaufnahme der Förderung ökologisch vorteilhafter Einzelvorhaben in Helmstedt. Dafür stünden im Haushalt für das Jahr 2024 weitere 40.000 Euro zur Verfügung. Der Anstoß hierfür kam von der Gruppe CDU/Grüne/UWG, die Gruppe SPD/Die Linke habe den Ball aufgenommen und den Antrag erweitert. Er dankt Andreas Fox für die gute Zusammenarbeit. Dieses Beispiel zeige eindrucklich, was sich in Helmstedt bewegen lässt, wenn Demokraten zusammenhalten, was nicht ausschließe, dass man auch mal gegenteiliger Meinung sei. Die Ansätze im Umweltbereich beinhalten einen starken ökologischen Fußabdruck im Haushalt 2024. Daher werde die Grüne-Fraktion innerhalb der CDU/Grüne/UWG-Gruppe dem Haushaltsentwurf für 2024 zustimmen.

Für Herrn Ryll sei der Haushalt das Herz der Stadt. Helmstedt, mit seinen knapp 26.000 Einwohnern, habe nicht nur eine faszinierende Geschichte, sondern auch eine lebendige Gegenwart und hoffentlich eine noch aufregendere Zukunft. Er vergleicht den städtischen Haushalt mit einem guten Kaffee, manchmal stark, manchmal etwas schwächer, aber immer belebend für die Stadt. Alle seien ein Teil des großen Kaffeehauses namens Helmstedt, und jeder sei wie eine einzigartige Kaffeebohne, die dazu beitrage, den Geschmack der Gemeinschaft zu formen. Er bedankt sich beim Team der Finanzverwaltung, dass der Haushaltsentwurf sehr früh, bereits im Juli, zur Verfügung gestellt wurde und nun am 12. Oktober zur Diskussion und Verabschiedung komme. Wieder habe man es geschafft, die zeitlichen Ziele einzuhalten. Die geordnete Struktur führte zu guten, offenen und vor allem zielorientierte Diskussionen in den Fachausschüssen und innerhalb der Gruppen und Fraktionen, die über 75 schriftlich gestellten Fragen des Rates kombiniert mit den zahlreichen mündlichen Fragen seien ein guter Beweis dafür, wie intensiv man den Haushalt beraten habe. Das Ergebnis sehe man nun in Form von dem Haushalt und der vierten Veränderungsliste. Die gute Vorbereitung und der zielorientierte Austausch haben dazu geführt, dass die CDU/Grüne/UWG-Gruppe das Ziel habe, den vorliegenden Haushalt zu verabschieden. In Planung habe man zahlreiche Projekte, die jetzt in die Umsetzung kommen und für die Stadt Helmstedt mit großen Aufwand sowohl auf der personellen Seite, als auch auf der finanzellen Seite verbunden seien. Der Neubau der Grundschule Pestalozzistraße werde die Stadt intensiv beschäftigen, in Emmerstedt gehe die Sanierung des Mehrzweckhauses weiter. Auch die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes, z. B. mit dem Bau von Feuerwehrgerätehäusern, stehe weiterhin auf der Agenda. Der Blick sei geschärft und fokussiert auf die Umsetzung der geplanten Projekte. Die Folgen der vergangenen Jahre und gerade die Auswirkungen des immer noch in der Ukraine herrschendes Krieges spüre man an vielen Stellen im Haushalt. Zahlreiche Einflüsse führen dazu, dass auch in Helmstedt Gebührensätze angehoben werden müssen. Hier gelte es sicherlich, die Entwicklungen stets im Auge zu behalten und das Ziel zu verfolgen, diese in den Folgejahren wieder senken zu können. Im Bereich der Stadtentwicklung habe sich im Jahr 2023 vieles positiv entwickelt und dies gebe Zuversicht für 2024. Nach sehr langer Zeit sei nun die Umsetzung des EDEKA Marktes in der Kernstadt gestartet, ein neues Stadtbild werde entstehen. Mit der Umgestaltung des Bereiches Braunschweiger Straße, Leuckartstraße und Harsleber Tor werde sich in dem Quartier vieles verändern. Zusätzlich erhoffe man sich einen Impuls für die Innenstadt, die man in der Entwicklung weiter im Fokus haben werde. Er nennt weitere Beispiele für die Entwicklung der Stadt Helmstedt. Zur medizinischen Versorgung führt er aus, dass es an der Zeit sei, nach kreativen Wegen zu suchen, um sicherzustellen, dass jeder Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung habe. Deshalb finde man im Haushalt einen Ansatz, der Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Daseinsvorsorge beinhalte. Der Umweltaspekt spiele in den strategischen Zielen eine große Rolle. Man setze sich für eine nachhaltige Entwicklung ein und wolle eine Umgebung schaffen, in der die Natur und Umwelt geschützt werde. Mit der Wiederaufnahme der Förderung von ökologisch vorteilhafter und klimaschutzorientierter Einzelvorhaben setze man da an, wo andere Förderprogramme des Landes und des Bundes nicht unterstützen. Jede Maßnahme, die einen positiven Einfluss auf den Klima- und Umweltschutz erziele, sei wichtiger denn je. Die Grundschulen seien ein Herzstück der Bildungslandschaft. Die Bildung der Kinder sei sehr wichtig, so finde man zahlreiche Investitionen für die Grundschulen und das wichtige Thema der Ganztagsbetreuung werde im Haushalt berücksichtigt. Der Betrag sei noch einmal um 50.000 EURO aufgestockt worden und liege nun bei 200.000 EURO. Er dankt in diesem Zusammenhang dem Partner Der Paritätische. Die Förderung des Sports sei ein wichtiger Bestandteil im Haushalt. Die Haushaltsansätze würden aufrecht gehalten und man freue sich schon auf ein Jubiläum eines Traditionsvereins, des TSV Germania Helmstedt, der im Jahr 2024 sein 175jähriges Jubiläum feiere. Mit der stetigen Unterstützung wolle man einen Beitrag leisten, die ortsansässigen Vereine zu fördern und gleichzeitig danke sagen für die zahlreichen ehrenamtlichen Übungsleiter, die dafür sorgen, dass die Vereine ihre Angebote für Jung und Alt in Helmstedt anbieten. Wirtschaftliche Weiterentwicklung sei kein isoliertes Ziel. Man wolle nicht nur Gewerbeflächen schaffen, sondern Orte, an denen Ideen geboren werden, und Arbeitsplätze, die nicht nur Broterwerb, sondern Erfüllung bieten. Im Nachtragshaushalt 2021/22 habe man als Rat zugestimmt, dass neue Gewerbeflächen angekauft werden sollen. Aktuell seien die zur Verfügung stehenden Flächen fast aufgebraucht und Anfragen könnten nicht bedient werden. Dieser Zustand sei für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung schlecht. Gerade durch die strategisch gute Lage an der A2 sei es notwendig, dass man Gewerbeflächen für Neuansiedlungen, aber auch Erweiterungen, zur Verfügung stelle. Hierauf müsse man im kommenden Jahr den Fokus richten und die übertragenen Mittel gezielt einsetzen. n, die Zeiten der sorglosen Jahre sind vorbei. Wir gehen mit großen Schritten auf einen defizitären Haushalt zu, der stetig wächst. Aktuell in der Vorausschau für 2024 werden es rund 7 Millionen Euro sein. Die Einnahmenseite ist geprägt durch die Gewerbesteuer, die stets Schwankungen unterlegen. Hier ist dringender Handlungsbedarf von Seiten des Landes und des Bundes notwendig, denn aus eigener Kraft ist dieses Unterfangen nicht zu schaffen. Helmstedt habe das Potential, sich als Wirtschaftsstandort und

als Wohnstadt erfolgreich in der Zukunft zu entwickeln. In Helmstedt gestalte man nicht nur einen Haushalt, sondern eine Geschichte. Der Haushalt sei ein gutes Gemeinschaftsprodukt und eine gute Basis für die Zukunft. Maßgeblich geprägt sei er durch die strategischen Ziele und die Zielvorgabe durch den Eckdatenbeschluss. Er bedankt sich abschließend für die gute Zusammenarbeit mit der Gruppe SPD/Linke, hier stellvertretend Margrit Niemann, und der Gruppe FDP/HWG, hier bei Petra Schadebrodt, und bei der gesamten Verwaltung sowie dem Bürgermeister. Die Finanzen seien das Rückrat der Vorhaben. Von der Verschönerung der Stadt bis zur Unterstützung der Schulen, so sei der Haushalt der Kaffee, der Helmstedt wach und munter halte und für mehr Lebensqualität Sorge.

Frau Niemann fragt, ob der ursprüngliche Ansatz, der für das Projekt Meilenstein vorgesehen war, auch weiterhin im Haushalt enthalten sei.

Herr Schobert antwortet, dass der Ansatz von 12.000 Euro weiterhin im Haushalt enthalten sei. Man finde diesen nun unter dem Titel "Förderung der Vereine".

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt fassen einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Gem. § 112 Abs. 1 NKomVG wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 in der beratenen Fassung erlassen (Anlage 1).

Aufgrund des § 118 Abs. 3 NKomVG wird das Investitionsprogramm der Stadt Helmstedt für den Planungszeitraum 2023 bis 2027 in der beratenen Fassung festgesetzt (Anlage 2).

Gem. § 110 Abs. 8 NKomVG wird das Haushaltssicherungskonzept 2024 einschließlich Haushaltssicherungsbericht beschlossen (Anlage 3).

Hinweis: Die im Beschluss genannten Anlagen haben der Vorlage beigelegen.

TOP 25 Bekanntgaben

TOP 25.1 Kostenrechnungen 2022

B068/23

Frau Heister-Neumann verweist auf die schriftliche vorliegende Bekanntgabe.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Helmstedt nehmen die Bekanntgabe zur Kenntnis.

TOP 26 Einwohnerfragestunde

Den teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in einem Fall Gebrauch gemacht.

Herr Hashash fragt, wieviele Zuschauer den Livestream verfolgt haben. Er möchte wissen, wie hoch das Budget für die Digitalisierung der Verwaltung ist. Weiterhin interessiert es ihn, wieviele Kinder in den Kindertagesstätten betreut werden und wieviele Kinder von der Gebührenänderung betroffen seien. Er stellt darüberhinaus die Frage, wieviele Mehreinnahmen die Stadt Helmstedt durch die Ansiedlung von Amazon erhalte.

Frau Heister-Neumann antwortet, dass zwischen 30 und 35 Personen den Livestream der Ratssitzung verfolgt haben.

Herr Schobert antwortet, dass er eine Budgetsumme für die Digitalisierung nicht nennen könne. Die Summen sind in allen verschiedenen Budgets der Fachbereiche zu finden, daher könne man nicht eine Gesamtsumme nennen. Er werde versuchen, eine Gesamtsumme zu ermitteln. Ebenfalls kann er eine Gesamtzahl der Kindergartenkinder nicht nennen. Allerdings könne er mitteilen, dass die Gebührenanpassung 46 Kinder bzw. deren Eltern betreffe. Zu der Frage der Mehreinnahmen durch die Amazon-Ansiedlung führt er aus, dass man hier zunächst erst einmal das erste Geschäftsjahr abwarten müsse. Man könne noch keine verlässlichen Zahlen liefern. Allerdings unterliegen die Zahlen auch dem

Steuergeheimnis. Er berichtet, dass ca. 1.800 Personen bei Amazon in Barmke beschäftigt seien. Diese kommen nicht alle aus dem Landkreis Helmstedt, sondern auch aus dem Umland. Somit pendeln mehr Personen arbeitsbedingt nach Helmstedt als Personen aus Helmstedt auspendeln. Des Weiteren haben ca. 250 Personen einen Job bei Amazon angenommen, die vorher im Sozialsicherungssystem beim Landkreis verzeichnet waren.

TOP 27 Schließung des öffentlichen Teils der Ratssitzung

Frau Heister-Neumann schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 20:20 Uhr.

Es schließt sich eine 10minütige Pause an.

Schulzei